

Neu-köllnisch

Linkes Informations- und Diskussionsblatt



Udo Wolf:

Aufruf zum 1. Mai

Udo Wolf ist seit November 2001 Mitglied des Abgeordnetenhauses. Er arbeitet in den Ausschüssen Inneres, Sicherheit und Ordnung sowie Stadtentwicklung und Umweltschutz. Wolf ist stellvertretender Landesvorsitzender der PDS.



Der 1. Mai 2002 brachte alte Vorurteile ins Wanken. Sowohl die Initiative „Denk Mai Neu“, wie auch Senat und Polizei sind aus dem Randal-Ritual ausgestiegen.

Den einen ging es um die Re-Politisierung eines linken Feiertages, den Demonstrationen und Festen wieder einen politischen Sinn zu geben, der sich nicht in Randal erschöpft. Den anderen ging es darum Straftaten, Verletzte und Sachbeschädigungen zu vermeiden, ohne dafür Bürgerechte wie das Demonstrationsrecht zu zerstören.

Deshalb ist es gut, dass für den 1. Mai 2003 Senat und Polizei bei ihrer vernünftigen Deeskalationsstrategie bleiben und zudem Vereine, Initiativen und Anwohner Veranstaltungen vorbereiten, die durch ihren Inhalt deutlich machen: Wir wollen einen politischen aber auch gewaltfreien 1. Mai. Auch und gerade in Zeiten des Krieges.

Die DGB-Kundgebung steht unter dem Motto „Schaut auf diese Stadt und macht sie nicht platt“. Der Demonstrationzug startet um 10 Uhr am Brandenburger Tor. Die Kollegen aus den Betrieben und die Gewerkschaften bekräftigen ihre Forderungen gegen den Krieg und den Sozialabbau. Die Kundgebung beginnt ab 11 Uhr vor dem Roten Rathaus. Anschließend ist ein großes Maifest mit den Phudy's. Traditionsgemäß findet ab 15 Uhr das Maifest am Mariannenplatz in Kreuzberg statt.

Schon am Vorabend sind alle, ab 19 Uhr, recht herzlich zum „Rock gegen Rechts“ vor dem Roten Rathaus eingeladen!

Udo Wolf

Streitfall Islamunterricht

Hoffnung auf Regelungen im neuen Schulgesetz

Der Islamunterricht ist ins Visier der Bezirkspolitiker geraten. Schulstadtrat Schimmang liegen mehrere Beschwerden über den rüden Ton der Islamischen Föderation vor, die an zwei Neuköllner Grundschulen islamischen Religionsunterricht – zwei Wochenstunden – erteilt. Seit September 2000 darf in Berlins Schulen Islamunterricht erteilt werden. Insgesamt besuchen in 30000 muslimische Kinder Berliner Schulen.

Die Islamische Föderation kämpft seit 1980 um das Recht, islamischen Religionsunterricht erteilen zu dürfen. Ende 1998 hatte das Obergericht und im Februar 2000 das Bundesverwaltungsgericht entschieden, dass die Islamische Föderation eine Religionsgemeinschaft sei. Nach dem Grundgesetz und den Schulgesetzen der Länder wird Religionsunterricht in der Bundesrepublik von den Religionsgemeinschaften und deren Beauftragten erteilt. Die Lehrpläne werden den Kultur- oder Schulministerien zur Prüfung vorgelegt und von diesen veröffentlicht.

Im Fall der Islamischen Föderation hatte die Senatsschulverwaltung die vorgelegten Rahmenpläne abgelegt, da nicht gewährleistet sei, »dass bei dem Unterricht tragende Prinzipien der Verfassung beachtet würden«, so die Nachrichtenagentur ddp im Oktober 2001. Das Verwaltungsgericht hatte in dem Rechtsstreit gegen die Schulverwaltung entschieden und dies mit der grundrechtlich geschützten Glaubens- und Bekenntnisfreiheit begründet (VG 27 A 254.01). Die 27. Kammer des Verwaltungsgerichts ging sogar soweit, der Schulverwaltung die Befugnis abzuspochen, die inhaltliche Konzeption des Religionsunterrichts zu kontrollieren. Die Islamische Föderation ist ein Dachverband islamischer Verbände und Gruppen, ihr wird eine Nähe zu radikalen Gruppen unter den Berliner Muslimen nachgesagt. Neben der konservativ ausgerichteten Föderation bieten auch die eher als liberal geltenden Aleviten Religionsunterricht an, in Neukölln kam jedoch im laufenden Schuljahr ein bereits geplanter Unterricht an einer Grundschule durch das Kulturzentrum Anatolischer Aleviten mangels Anmeldungen nicht zu Stande.

Aggressive Werbung für den Unterricht führe zu steigenden Anmeldungen, so Schulstadtrat Wolfgang Schimmang gegenüber der Berliner Morgenpost Anfang März, aber auch »verstärkter Druck bei den Familien.« Für das Schuljahr 2003/04 habe die Föderation zwei weitere Grundschulen im Visier, so der Stadtrat weiter. Auch in den Bezirken Friedrichshain-

Kreuzberg und Mitte mehrten sich kritische Stellungnahmen zum islamischen Religionsunterricht. In Neukölln wird durch die CDU bemängelt, dass der Unterricht nicht zu prüfen sei und Frank Breiter von der CDU-Fraktion wird mit der Vermutung zitiert: »Ist kein anderer Lehrer dabei, wird sicher nicht nur Deutsch gesprochen.«

Die Integration werde erschwert, so ein Vorwurf von anderer Seite. Der Unterricht an ihrer Schule, der Rixdorfer Grundschule an der Donaustraße, missfällt Schulleiterin Marion Berning sehr, erklärte sie vor dem Bildungsausschuss Anfang März. Die ausgebildete Religionslehrerin, die laut Zeitungsberichten als Entwicklungshelferin in Afghanistan und Kenia war schätzt den Unterricht als »inhaltlich sehr missionarisch« ein und führte als Beispiel an, dass Schüler der dritten Klasse aufgefordert wurden, das Fasten des Ramadan einzuhalten, obwohl dies bei Kindern unter zwölf Jahren verboten sei. Die Zählgemeinschaft in Neukölln aus SPD, Grünen und PDS zählt auf das neue Schulgesetz, das im Artikel 13 einen Unterpunkt aufführt, der genau die fachliche Kompetenz der Religionslehrer regelt. Die von den Religionsgemeinschaften beauftragten Lehrkräfte müssen dann ihre fachliche und pädagogische Eignung durch Prüfungen nachweisen, die als Ersatz für die Erste und Zweite Staatsprüfung für den Schuldienst anerkannt sein müssen.

Mit diesem Gesetz wird hoffentlich eine sachliche Debatte zu diesem heiklen Thema in Gang gesetzt. Denn obgleich sich die Spitzen von CDU und SPD bundesweit für Islamunterricht an staatlichen Schulen ausgesprochen haben, herrscht vor Ort vielfach Angst vor dem unbekanntem Glauben Islam. PDS und Grüne hatten sich vielfach für die Einrichtung eines Schulfaches, das neutral und übergreifend religionskundliches Wissen als auch ethische und philosophische Probleme vermittelt, ausgesprochen. Dies scheiterte jedoch in Berlin. Im katholischen Bayern wird seit 1987 eine so genannte religiöse Unterweisung angeboten. Mehr als 10000 Schüler besuchen diese Kurse, die von mehr als 200 türkischen Lehrern in türkischer Sprache erteilt werden. Bundespräsident Johannes Rau hatte sich auch für ein solches Vorgehen ausgesprochen. Der Präsident bekräftigte, der Staat könne und dürfe den Bürgern ihren Glauben nicht vorschreiben, genauso wenig, wie er von ihnen Religionslosigkeit verlangen dürfe.

Christoph Nitz

Entschießung gegen den Krieg

Bericht von der BVV am 2. April

Die BVV Neukölln verabschiedete zu Beginn der Sitzung eine Entschießung gegen den Krieg im Irak. Alle Fraktionen drückten ihr Bedauern und Enttäuschung darüber aus, dass nicht alle Möglichkeiten von Politik und Diplomatie ausgeschöpft wurden und der Krieg als Problemlösung von Seiten Bush,s gegangen wird. Es war ein Kraftakt, alle Fraktionen mit ins Boot zu nehmen, aber es sollte als Signal aus Neukölln verstanden werden. Der Antrag der PDS, während der Dauer des Krieges am Tag der BVV-Sitzungen die Friedensfahne vor dem Rathaus zu hissen, wurde nicht mehr beraten. Dieser Antrag rangierte auf Platz 51. Die BVV wurde aber schon beim Tagesordnungspunkt 13, nach heftiger Debatte und Einberufung des Ältestenrates, um 22.30 Uhr abgebrochen.

Das bedeutet eine Sondersitzung, die schon von der FDP beantragt wurde, da sie die Friedensveranstaltung, die am 21. Februar im Rathaus statt fand, thematisieren will.

Nun aber zur BVV-Sitzung.

In der ersten Großen Anfrage kritisierte die CDU die Abweichung der Planung und Aus-



richtung der Jugendförderung von den statistischen Gebieten hin zur Sozialraumorientierung. Jugendstadtrat Thomas Blesing (SPD) erläuterte sehr ausführlich die Vor- und Nachteile der sozialraumorientierten Herangehensweise seines Bereiches. Dieses Thema wurde schon mehrfach im Ausschuss beraten und man konnte die Aufregung der CDU nicht verstehen, da Einigkeit bestand, dass diese Art der Betrachtung mehr Aussagefähigkeit beinhaltet.

Lange und breite Debatten gab es um die Pläne der AG City Neukölln, die den Platz der Stadt Hof, in eigener Regie und mit eigenen Mitteln, umgestalten möchten. Derzeit wird der Platz an einigen Tagen von Händlern genutzt. Insgesamt macht der Platz der Stadt Hof einen schmutzigen und nicht gerade einladenden Eindruck. Laut Auskunft des Bürgermeisters Heinz Buschkowski, weiß die Bauverwaltung seit Mitte November von diesem Vorhaben. Aber der Vorgang ist, wie er feststellte in den Behörden-Wirr-Warr stecken geblieben. Jedenfalls haben die Antragsteller nichts mehr gehört. Die Zeit drängt, denn

was soll ein bayrischer Biergarten, der erst im Herbst eröffnet werden kann nutzen? Baustadträtin Stefanie Vogelsang stritt alles ab, ihr wäre der Vorgang erst seit 14 Tagen bekannt. Diesen Gordischen Knoten konnten wir in der Sitzung nicht mehr auflösen und so wurde dem Antrag zur zügigen Umsetzung der Neugestaltung des Platzes der Stadt Hof mehrheitlich zugestimmt.

Unstimmigkeiten im Bauamt?

Bei der nächsten Großen Anfrage kam es zum Tumult. Nachdem der Fraktionsvorsitzende der SPD Jürgen Koglin nach der Baugenehmigung für ein Geschäftshaus in der Marienfelder Chaussee fragte und mit den Worten: „Hier stinkt was!“ eine Unredlichkeit vermutete, war Stefanie Vogelsang den Tränen nahe. Die Sitzung wurde unterbrochen und der Ältestenrat einberufen. Dieser tagte dann bis 22.25 Uhr, so dass die ordentliche Sitzung hier abgebrochen wurde, da das Tagungsende erreicht war.

Unsere Fraktion wurde auch schon von empörten Bürgern angeschrieben. Bis zur Sondersitzung der BVV wird hoffentlich geklärt sein, ob bei der Erteilung der Baugenehmigung alles mit rechten Dingen zu ging. Anderenfalls wird sich unsere Fraktion für die Einrichtung eines Sonderausschusses zur Klärung des Sachstandes einsetzen.

Wann die Sondersitzung der BVV statt findet ist noch nicht bekannt. Warten wir es ab.

Sylvia Stelz
Fraktionsvorsitzende

Übrigens: Im Rathaus sind drei Aushänge angebracht, wo Bürger aufgefordert sind ihre Bedenken zu geplanten Bauvorhaben abzugeben. Bitte nutzen sie es!

Entscheidung zur Bürgerfragestunde steht bevor

Am 2. April 2003 fand vor der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung die vierte und vorerst letzte Bürgerfragestunde statt. Auf Initiative der PDS-Fraktion wurde die Einrichtung einer quartalsweise stattfindenden, öffentlichen Bürgerfragestunde, mit den Stimmen der Zählgemeinschaft von SPD, Grünen und PDS, am 24. 4. 2002, probeweise auf eine Anzahl von vier Fragestunden, beschlossen. Nun wird eine neue Beratung über die Fortführung entscheiden.

Auch dieses Mal nutzten Bürger den öffentlichen Rahmen, um Bezirksamt und Bezirksverordnetenversammlung auf Probleme auf-

merksam zu machen und um Auskunft und Hilfe einzufordern. So auch Herr Otto, der auf die bevorstehende Knappheit an Hortplätzen, nicht nur im Bereich der Fulhamer Allee, aufmerksam machte und fragte, wie dem Abhilfe zu schaffen ist.

Leider konnte der zuständige Bezirksstadtrat für Jugend, Thomas Blesing, lediglich mitteilen, dass das Problem nicht nur bekannt, sondern im gesamten Bezirk vorhanden ist. Gemeinsam mit der Senatsjugendverwaltung ist das Jugendamt mit der Problemlösung schon beschäftigt. Hierzu soll kurzfristig geprüft werden, ob die „pädagogische Nutzfläche“ der Kita „Neue Fulhamer

Allee“ eine Gruppenvergrößerung zulässt. Zusätzlich soll bei Eltern mit älteren Kindern, die derzeit den Hort besuchen, dafür geworben werden, ihre Kinder vorzeitig aus der Hortbetreuung zu entlassen, um Platz für die Schulanfänger zu machen. Mittelfristig wird eine Ganztagsbetreuung auch in Schulen, gefördert durch das bundesweite Konzept zum Ausbau der Ganztagschulen, angestrebt.

Über die Entscheidung, ob die Bürgerfragestunde weiterhin Bestand hat, werden wir sie rechtzeitig informieren.

Lene Sörensen
Mitarbeiterin der Fraktion

Anträge – Was wurde daraus?

Beschlossen:

Kontrollen von Internet-Cafès (CDU)

Internet-Cafès sollen zukünftig regelmäßig auf die Einhaltung des Kinder- und Jugendschutzes, in Bezug auf unerlaubten Alkoholausschank, Drogenmissbrauch, Verbreitung von Pornografie und Gewalt, überprüft werden.

Zum Ende der Wohnungsbauförderung (PDS)

Das Bezirksamt wird auch Ansprechpartner für betroffene Mieter sein, besonders für ältere und behinderte Bürger, die spezielle Probleme haben, die durch die Investitionsbank und der Senatsverwaltung nicht abgedeckt werden können.

Beseitigung der Schmierereien am Brunnen im Körnerpark (SPD)

Vor der Frühjahrseröffnung des Körnerparks sollten umgehend die Graffiti-Schmierereien an der Brunnenanlage im Körnerpark beseitigt werden.

Überwiesen:

Verkehr und Tiefbau:

Nachtlinie U 7 (SPD)

Die U-Bahnlinie 7 soll in das Netz der zukünftigen U-Bahn-Nachtlinien aufgenommen werden.

Zebrastreifen statt Ampel (Grüne)

Wenn das Geld für genehmigte Lichtsignalanlagen nicht verfügbar ist, soll die kostengünstigere Variante der Zebrastreifen geprüft werden.

Sozialausschuss:

Erstantragsstelle (Grüne)

Besucher, die keine Wartemarke mehr erhalten, sollen künftig einen zeitnahen Termin erhalten.

Alle Ausschüsse:

Änderung des Ladenschlussgesetzes (PDS)

Es soll geprüft werden, welche Auswirkungen die Veränderung des Ladenschlussgesetzes auf die Menschen, speziell Alleinerziehende und berufstätige Mütter, in Bezug auf Öffnungszeiten der Kitas, Behörden usw., haben, damit das BA sich beim Senat für flankierende Maßnahmen einsetzen kann.

Sand im Getriebe

Kapital ist mehrwertheckendes Kapital, so veranschaulichte Karl Marx das objektive Gesetz der Jagd nach Profit. Die heutige Globalpolitik verdeutlicht uns diesen Vorgang. Die neue Technik wird nicht zum Wohl der Menschlichkeit eingesetzt, sondern der Machtgier untergeordnet.

Vorwände für den „Feldzug gegen das Böse“ ließen sich schnell finden. Wer aber bedroht wen? Was für eine Freiheit wollen die Amerikaner 15.000 Kilometer von ihrer Heimat entfernt den Völkern an Euphrat und Tigris bescheren?

Ist es nicht der Alleinanspruch auf das Öl, den die Dallas-Aktionäre erheben? Generalstabsmäßig wurden diese Pläne seit fünf Jahren erarbeitet. Der Diktator Hussein lieferte für sie den Vorwand, um in das beabsichtigte „große Geschäft“ einzusteigen. Die Strategen gaben vor, alles durchdacht zu haben und bestens für diesen Beutezug gerüstet zu sein. Sie haben sich selbst zur Weltmacht erkoren und kündigten die von der UN-Mehrheit beschlossenen Kontroll- und Abrüstungsinspektoren auf, wie auch das Anliegen der Völker unsere Umwelt zu

sichern und sich dem Kyoto-Abkommen anzuschließen, ablehnten.

Wer so mit Völkern umgeht, klagt sich selbst an und verliert das Vertrauen. Da helfen die besten Waffen nicht. Die Jugend der Welt, das zeigen die Friedensproteste, lässt sich auch von einem Bush nicht gängeln!

„Sand im Getriebe“ im wahrsten Sinne, das war die erste Wahrnehmung, die die schießfreudigen Texaner zu spüren bekamen. Der Krieg hatte noch nicht begonnen, da streikten die Panzer und Hubschrauber-Rotoren. Die gepriesene Treffsicherheit der Raketen explodierte auf dem Marktplatz in Bagdad und zerriss unschuldige Menschen. Selbst bei Kriegsende wirken die gesundheitlichen und geistigen Schäden, die Frauen und Kinder durch Durst und fehlender Medikamente ausgesetzt waren, nach.

Bush mit seiner Vision nach Öl trug letztlich seinen Feldzug ins eigene Land. Wer zahlt die Kriegszeche? Die amerikanische Wirtschaft spürt bereits die ersten Rückschläge.

Werner Gutsche



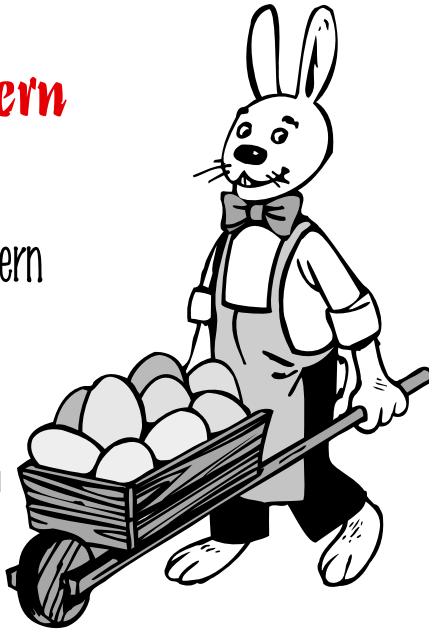
Neuer Bezirksvorstand

Auf der Mitgliederversammlung am 28. März wurde ein neuer Bezirksvorstand der PDS Neukölln gewählt. Evrim Baba wird für weitere zwei Jahre, unterstützt von nun sechs weiteren Mitgliedern, die Geschicke in die Hand nehmen. Wir gratulieren! Erfreulich ist, dass nunmehr junge Genos-

sen für die Arbeit im Vorstand gewonnen werden konnten. Am 4. April fand die konstituierende Sitzung des neuen Vorstandes statt (nach Redaktionsschluss). Wer ab jetzt für was Verantwortlich zeichnet, werden wir in der nächsten Ausgabe berichten.

Frohe Ostern

wünschen allen
Leserinnen und Lesern



Fraktion und Bezirksvorstand
der PDS Neukölln
und die „Neu-köllnisch“-
Redaktion

Termine der PDS Neukölln

Bezirksvorstand

11. 4., 2003
25. 4., 2003
9. 5., 2003
23. 5. 2003
jeweils 16 Uhr Geschäftsstelle

Mitgliederversammlung

25. 4. 2003
Thema: Programmdiskussion
23. 5. 2003
Thema: Diskussion mit unseren Abgeordneten, 18 Uhr, Geschäftsstelle

Fraktionssitzung

12. 5. 2003
18 Uhr Rathaus, Zimmer 307

BVV

21. 5. 2003, 17 Uhr Rathaus BVV

IMPRESSUM

„Neu-köllnisch“ erscheint monatlich.
Herausgeber: PDS Neukölln,
Geschäftsstelle Richardplatz 16,
12055 Berlin, Tel./Fax: 613 59 19
Auflage dieser Ausgabe: 1.500
V.i.S.d.P.: Dr. Sylvia Stelz
Redaktionsschluss: 27. 2. 2003

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen!

Termine in Neukölln

Ostermarsch

21. 4. 2003

Lokale Agenda 21 Neukölln

Diskussionsrunde zum Thema „Energie und Ressourcen“
9. 4. 2003, 19.30 Uhr, Rathaus Neukölln, Puschkin-Saal

ErWiN

Erwerbslosen-Versammlung

Thema: Sozialabbau
10. 4. 2003, 17.30 Uhr im Kulturhaus Nogatstraße

Arbeiter- und Veteranenchor Neukölln mit Liederwerkstatt Kreuzberg

Konzert zum Jahrestag der Befreiung
7. Mai 2003, 19.30 Uhr, Ev.St. Lukaskirche, Bernburger Str. 3-5

Werkstatt der Kulturen

Gedenkveranstaltung „60 Jahre Warschauer Ghettoaufstand“
26. 4. 2003, 19 Uhr, Wissmannstraße 32

Gewerkschaftshaus Dudenstraße

Eröffnung der Ausstellung zur Besetzung der Gewerkschaftshäuser im Jahre 1933
29. April 2003, 18 Uhr.

Kurz notiert

Am Tag X auf dem Weg zum Stellplatz 30 Einsatzwagen der Polizei und des BGS in rasender Fahrt Richtung Süden durch die Hermannstraße. Die islamische Moschee in der Haberstraße, in unmittelbarer Nähe zu Philip Morris wurde ins Visier genommen. Die Zigarettenfabrik hatte einen Notplan aufgestellt. Es wurden Übergriffe auf amerikanische Einrichtungen erwartet. Der Bush-Krieg hat auch uns erreicht.

Friedensdemo auf dem Alex

Es strömten viele Menschen am Tag X auf den Alex, von klein bis groß, von dick bis dünn, Arbeiter, Angestellte, Arbeitslosen und auch Menschen nicht deutscher Herkunft. Ebenso viele differenzierte politische Ansichten waren vertreten. Aber in einem waren sich alle einig: Diesen Krieg darf es nicht geben, er muss sofort beendet werden!

Eine junge Frau trug ein blaues T-Shirt mit einer Friedenstaube und ein Stirnband, das die amerikanische Flagge zeigte. Sie musste sich einiger Angriffen erwehren, aber sie wollte zeigen, dass ihr Protest sich nicht gegen das amerikanische Volk, sondern an dessen Präsidenten Bush richtete.

Kein April-Scherz

Ab 1. April 2003 beträgt die Entlohnung für geringfügige Arbeit bis zu 400 € ohne Abzüge. Toll denkt so mancher. Allerdings ist auch die Stundenbegrenzung von 15 Std./Woche gestrichen. Was ist nun mit dem gesetzlichen Mindestlohn? Um zu überleben brauchte man hier mindestens drei solcher „geringfügigen“ Arbeitsstellen. Und wie viel Zeit muss man dann arbeiten, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen? Das ist Ausbeutung pur!

Geburtstage

Wir gratulieren recht herzlich zum Geburtstag:

Güluzar Baba
Umut Baytekin
Necla Baytekin
Jan Dobbernack
Dietrich Fischer
Ayhan Özsoy
Marek Swoboda

zum 60.
Heinz Schugowski
und zum 80.
Werner Gutsche